

Die Ökonomisierung aller Lebensbereiche und der Wettbewerb der Ordnungen



Prof. Dr. Dr. h. c. Ulrich Blum

Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung
Halle

1 Globalisierung als Schicksal

Mit der Globalisierungsaufgabe ist der Mensch seit Beginn seiner Existenz betraut. So heißt es im „Buch der Bücher“, im 1. Buch Mose 28: „Macht Euch die Erde untertan.“ Dieser klassische Globalisierungsauftrag findet sich auch in anderen Weltreligionen und folgt bewusst der frühgeschichtlichen Lageeinschätzung, als sich der Mensch einer feindlichen Natur gegenüber sah, die es zu bewältigen galt. Globalisierung ist nichts anderes als die Organisation des eigenen, totalen Umfelds. Wenn Wettbewerb als Evolutionsprozess angesehen werden kann und, um in einer vereinfachten Darwinschen Auslegung zu sprechen, das *survival of the fittest* zum Erfolgsmaßstab wird, dann muss das Bessere des Guten Feind sein. Tatsächlich wissen wir heute, dass diese Darstellung zu kurz greift und es im evolutorischen Wettbewerb viele erfolgreiche symbiotische Strukturen gibt.

Derartige Symbiosen, also kooperative Lösungen, spielen eine wichtige Rolle im Zusammenleben von Gesellschaften. Aus ökonomischer Sicht stellen sie Kollektivgüter dar, die nicht einem Einzelnen (privat) zugeordnet sind. *Survival of the fittest* gilt dann für die Gruppe, nicht für das Individuum. Damit kann die Soziobiologie Erklärungsansätze für ökonomische Prozesse bereitstellen (Heckathorn 1996). Dann ist es nicht mehr weit zum Wettbewerb der Ordnungen, aber auch zur Arbeitsteilung und damit zur Entwicklung arbeitsteiliger Gesellschaften, die ein Bündel von Kollektivgütern gemeinsam bewirtschaften. In ganz einfachen Stammesgesellschaften sind das Aufgaben wie Nahrungssuche, Kindererziehung, Altenbetreuung.

2 Wettbewerb der Ordnungen

Sobald der Mensch nicht mehr alleine lebt und im individuellen Wettbewerb gegen alle anderen steht, weil im staatstheoretischen Sinne eine gesellschaftliche Übereinkunft über einen Zusammenschluss erzielt wurde, ergibt sich Konkurrenz unter den jeweiligen Organisationen, institutioneller Wettbewerb oder Wettbewerb der Ordnungen (Blum et

Das ist durchaus schlüssig. Bereits Adam Smith (1776) vermutete, dass, wenn sich zwei Unternehmer zum Frühstück trafen, sie für den Markt nichts Gutes im Sinn führten. Es gibt jedoch auch ganz andere Konzepte für die Organisation von Märkten. Evolutorische Systeme (Nelson und Winter 1982) oder die Chicago-School (Friedman 1992; Stiglitz 1987; Blum et al. 2006) betrachten Marktmacht beispielsweise als temporäres, also statisches Problem, das sich in einer dynamischen Welt relativiert. Ein Monopol verbrennt sich sozusagen selbst, wenn es ineffektiv geworden ist. Man muss dem System nur lange genug Zeit geben, dass es sich ausleben und kaputtgehen kann, – und man darf den Untergang seitens des Staates nicht aufhalten.

Wer den großen Film „Indochine“ mit Catherine Deneuve kennt, der schon wegen der Leistung und Schönheit der Schauspielerin sehenswert ist, findet dort als Ökonom eine sehr interessante Nachricht, nämlich die, dass sich Monopole nicht lohnen. Ursprünglich gab es nur Naturkautschuk, also Latex. In Deutschland brach die Produktion auf der Grundlage von Naturkautschuk zusammen, weil die Alliierten Deutschland von der Versorgung abgeschnitten hatten, um es in die Knie zu zwingen. Die Deutschen aber waren erfindungsreich und entwickelten die Kautschuksynthese. Die Folge war, dass die gesamte Naturkautschukproduktion zusammenbrach. Die Plantagen der Franzosen und der Holländer waren nicht mehr profitabel, und die Kolonien konnten keinen Überschuss mehr produzieren. Damit wurden sie Kostgänger, und das Kolonialsystem brach zusammen. In dem Film tropft der Latex aus den Bäumen der Plantage, durch die Catherine Deneuve geht. Die Chicago-School preist diesen Erfolg des Innovationsgeistes, weil dieser alle Monopole auf Dauer zerstört. Es stellt sich folglich immer die Frage nach dem Wettbewerbssbild, wenn man Konkurrenzlagen und ihre Wirkungen, auch die sozialen, beurteilen will.

Damit kommen wir zur Wertebindung, denn diese ist die Grundlage besagten Leitbildes. Auch unsere Wirtschaftskonzepte sind wertebunden. Hier spielt das vorherrschende Menschenbild hinein, beispielsweise die Frage nach den Anforderungen an Kreativität, die gestellt werden. Wird im christlichen Umfeld über ein Menschenbild, in dem der Mensch zur Kreativität verpflichtet ist, gesprochen oder über das, was man als „Herz-Jesu-Sozialismus“ bezeichnen mag:

„Man muss die breiten Schultern, die mehr Geld haben, erleichtern, weil diese Gruppe ohnehin nichts Wichtiges damit anfangen kann – im Gegensatz zu den Armen, denn diese sind bedürftig.“

Anstatt aber die Armen zu ertüchtigen, wird das Geld auch ihnen nicht gegeben, da sie bekanntlich damit nicht umgehen können. Also beglückt man sie mit Leistungen, die für diese Gruppe als sinnvoll angesehen werden – und entmündigt sie. Dieser Sachverhalt wird hier deshalb provokant formuliert, um Nachdenklichkeit zu erzeugen und die Diskussion anzustoßen. Es fragt sich doch, ob diese erhebliche Sozialalimentierung in einem Land zukunftsfähig ist, dem heute schon die Fachkräfte ausgehen, die allein in der Lage sind, die Alterslast zu stemmen? Die Gegenposition könnte lauten:

„Die Menschen, die ihre Talente in der Lage waren zu nutzen, müssen die sittliche Verpflichtung sehen, freiwillig etwas zugunsten der Schwachen zu tun.“

Denn für die Bedingungen, in die man hineingeboren wurde, kann man zunächst nichts – das ist das Existenzialistische des *jetté dans le monde* (Sartre). Man muss sich vor Augen führen, dass in Ostdeutschland derzeit 40% der Kinder in Hartz-IV-Familien aufwachsen. Was passiert dort in der nächsten Generation? Werden sie im Sinne von Kreativität ertüchtigt? Werden sie das Vertrauen in unsere Gesellschaft haben, ertüchtigt werden zu wollen? Werden sie sich als Bürger fühlen? In jeder Gesellschaft gibt es Erwartungen an einander und Verpflichtungen gegenüber anderen, die damit Reputation erzeugen. Es gibt Kulturkreise, die dieses Reputationsgut nicht bereitstellen und daher massive Entwicklungsprobleme haben, weshalb Gunnar Myrdal (1980) immer betonte, dass zur Entwicklung auch Veränderungen der Verhaltensweisen zählen. Man könnte in idealistischer, also antimaterialistischer Sicht ausführen, dass über weite Bevölkerungskreise die mentalen Koordinaten im Sinne der Zukunftsfähigkeit neu auszurichten sind – in der sozialen Hierarchie oben wie unten. Globalisierung führt derzeit zu einer mentalen Entgrenzung von Verantwortung, die im Sinne eines strategischen Überlebensprogramms als wenig geeignet und zukunftsfähig erscheint.

In einem System, dem das Regelwerk auch Reputation sichert, kommt dem Staat eine zentrale Rolle zu. In unserem Umfeld versucht er im Regelwerk stark zu sein, in der Schiedsrichterfunktion zunächst dezentral – subsidiär – zu agieren. Der Staat hat sich in historischer Entwicklung an manchen Stellen Macht gesichert, an anderen hält er sich zurück. Zu fragen ist, ob er in den Bereichen, in denen er bisher stark war, heute auch noch stark sein muss – umgekehrt, also für die Schwäche, gilt das ebenfalls. Hier bestehen große Zweifel. Unser Staatsverständnis ist noch sehr vom 19. Jahrhundert geprägt und hält viele Dinge, in denen der Staat viel stärker sein müsste, für nebensächlich. Ganz anders war das Staatsverständnis im 16. Jahrhundert, als Melanchthon den Fürsten die Aufgabe zuordnete, die Kinder ihres Landes zu erziehen. Welches ist nun aber die beste Werthaltung, das beste Staatsverständnis, der beste Ordnungsrahmen? Der Lackmuestest liegt im Wettbewerb der Ordnungen, die Messgrößen sind Wohlstand und Wohlfahrt – der „Reichtum“ in den Worten von Adam Smith (1776), der eben nicht nur monetär zu messen ist.

Wie gerät der Wettbewerb der Ordnungen in der Globalisierung der Welt unter Druck? Würden sich, wie Thiebout (1956) es beschreibt, alle Einwohner ihr Land nach Maßgabe der Mischung aus öffentlichen Gütern aussuchen, die der Staat anbietet und wofür er dann auch Steuern erhebt, und gäbe es ebenso wenig Mobilitätshindernisse wie sonstige Beschränkungen der privaten Produktion, dann würde sich die Bevölkerung sortieren und ein jeder wäre glücklich. Tatsächlich wird dieser Idealzustand natürlich nicht erreicht, vielmehr stehen verschiedene Modelle im politischen Wettbewerb, der Cocktail wird immer wieder neu gemischt, beispielsweise in der Spannweite des liberalen angelsächsischen Modells, der etatistischen französischen, spanischen und italienischen Modelle, aber auch des sozial-marktwirtschaftlichen Modells Deutschlands, das

ebenso in den Niederlanden und Österreich Anwendung findet. Jeder setzt andere Regeln, andere Schwerpunkte – aber die Konsequenzen derartigen Handelns sind zügig zu spüren, beispielsweise im Abwandern von Steuerzahlern, wenn einer Gesellschafts-schicht viele Leistungen angeboten werden, für die eine andere bezahlen muss – und diese den Vorteil nicht sieht, dieser vielleicht gar nicht existiert. Und das lässt sich kaum unterbinden. Regelsetzung ist heute im nationalen Kontext unter den Bedingungen der Globalisierung offensichtlich nicht mehr so einfach durchzusetzen. Wenn Regeln auch Werthaltungen beinhalten, z. B. Hilfe für Schwache, Fairness usw., dann muss die Harmonisierung der Regeln dem Gleichklang der Werthaltungen folgen.

Eine derartige Wertebindung oder Werteverankerung soll gleichgerichtetes Verhalten erzeugen, sodass ein jeder den anderen leichter einschätzen kann und somit die Transaktionskosten der Wirtschaft fallen. Plurale Wertemuster gewährleisten dies nicht. Doch ohne Opposition gegen hergebrachte Wertemuster existiert keine Innovation. Um die Verteilungsfrage, auch bei öffentlichen Gütern, die weiter oben angeschnitten wurde, erneut aufzugreifen: Wie ist also in der Praxis zwischen dem christlichen Prinzip „Ein jeder trage des anderen Last“ und dem marktwirtschaftlichen Prinzip „Ein jeder trage seine eigene Last, nämlich die eigenen Opportunitätskosten“ abzuwägen? Für sein eigenes Handeln ist jeder zunächst einmal selbst verantwortlich, nur wenn die Verantwortung nicht mehr zu tragen ist, greift subsidiär der Staat ein. Nutzen das zu viele strategisch aus, so gerät das Gemeinwesen ins Wanken; Auslöser ist die fehlende Trennschärfe zwischen der eigenen Last und der Verantwortung der Gesellschaft.

Hierzu ein erstaunliches Beispiel: In Amerika verkaufte vor vielen Jahren *Getty* seine Ölquellen in Texas an eine kleine Firma in Pennsylvania, die *Pennsylvania Oil Company*. Man erledigte das mit Handschlag, die Sache war geregelt und am nächsten Tag stand dies auch in den Zeitungen. Einige Tage später wurde in einer großen Anwaltskanzlei in New York der Verkauf der gesamten Ölquellen zu einem höheren Preis von *Getty* an *Texaco* beurkundet. Eine Besonderheit des amerikanischen Rechts ist nun bedeutend: Da kein Grundbuch mit öffentlichem Glauben existiert, muss sich der Käufer vorsehen, weil ihm der Wertgegenstand zufällt, während der Verkäufer mit dem dafür erhaltenen Geld verschwinden kann. Deshalb heißt es dort *caveat emptor*, der Käufer möge sich vorsehen. Insofern ging die Klage dann nicht gegen den Verkäufer, in diesem Fall gegen *Getty*, sondern gegen *Texaco*, das aus der Presse hätte wissen müssen, dass die Ölquellen schon verkauft waren. Dieser Fall wurde vor einem Geschworenengericht in Texas verhandelt. Über die Situationskomik hinaus – der Anwalt von *Texaco* kam im eleganten Zwirn, der Anwalt der *Pennsylvania Oil Company* als waschechter Texaner in Reitstiefeln – lautete die zentrale, von den Geschworenen zu beantwortende Frage folgendermaßen: Was ist das wertvollste Gut, das in Texas mit einem Vertrag, der mit Handschlag besiegelt wird, gekauft und verkauft werden kann? Wie ordnet sich Öl gegenüber diesem Gut ein? Ist es wertvoller, dann ist der schriftliche Vertrag besser und der Handschlagvertrag ist nichtig. Oder ist es weniger wert?

Was also ist das wertvollste Gut, das man in Texas per Handschlag kaufen und verkaufen kann? Das Pferd. Für Pferdediebstahl wurde man aufgehängt! Nach Meinung des Gerichts war dieses Tier allemal wertvoller als Öl. Der Vertrag war demnach gültig, aber nicht mehr einholbar. Texaco wurde verurteilt: Erstens musste das Unternehmen den vereinbarten Kaufpreis als Strafe an Pennsylvania Oil Company zahlen, und zweitens wurden *punitive damages* festgesetzt. Das heißt, der Betrag wurde zur Abschreckung vervielfacht. Um diese Summe aufzubringen, musste Texaco Teile seiner europäischen Töchter verkaufen, beispielsweise die DEA. So begründet und stabilisiert man in den USA Reputationsgüter.

5 Einwirkungsmöglichkeiten des Staates

Menschen mit mobilen Ressourcen können sich der Einwirkungsmöglichkeit des Staates entziehen. Sie bringen ihr Vermögen oder ihre Kompetenz außer Landes. Das ist relativ einfach möglich. Damit stehen das demokratische und das ökonomische Prinzip im Widerstreit. So ist Deutschland einerseits in die Gruppe der Steuerzahler und die der Transferempfänger, andererseits in die der Steuerzahler und der Nicht- oder Wenig-Steuerzahler geteilt. Vor allem die Gruppe der Gutverdienenden und damit hoch zu Versteuernden hat in den vergangenen Jahren vom Aufschwung in den hocheffizienten Exportindustrien profitiert. Im Gegensatz dazu stehen Menschen, die in den lokalen Industrien arbeiten, vor sich hin darben und froh sein können, überhaupt noch eine Beschäftigung zu bekommen – zum Beispiel im Einzelhandel. Leider bestimmen die Transferempfänger und die Beschäftigten in Unternehmen mit lokaler Produktion die Stimmung – auch die politische. Das erzeugt politischen Druck zugunsten des Sozialen, das jedoch bezahlt werden muss – und möglicherweise Abwanderung auslöst. Ein Verfassungsrichter meinte deshalb sogar, dass Steuerhinterziehung Teil des Widerstandsrechts der Bürger gegen einen Leviathan sei.

Der Staat muss auch aus übergeordneten Gründen dem Wettbewerb Wirtschaftsbereiche entziehen, weil diese zwar als unverzichtbar erscheinen, sich aber durch fehlende Rationalisierungsmöglichkeiten anderen Bereichen nicht anpassen können. Staatliche Intervention zugunsten bestimmter Sektoren wird oft als zentralverwaltungswirtschaftliche Sünde angeprangert. Durch die Heterogenität in der Effizienz haben Hilfen hier aber nichts mit Kommunismus zu tun – es ist „Kuhmunismus“, um die Lage eines Bergbauern zu beschreiben, der eine Kuh auf der Weide hat und die Effizienzziele der Großbanken nie erreichen kann, damit aber die Erosion an Steilhängen verhindert. Vor dreihundert Jahren hatten Theater, Bauern und Manufakturen ähnliche Effizienzniveaus. Insofern stellte sich die Frage nach der Ökonomisierung der Lebensbereiche nicht. Heute versuchen wir, Theater, Bergbauern und andere Wirtschaftsbereiche auf das Effizienzniveau von Spitzentechnologien zu ziehen, und das kann nicht funktionieren. Die Folge dieser Baumol'schen Kostenkrankheit (Baumol 1967) ist, dass man Reservate für den Kultursektor bauen muss. Zu prüfen wäre also, ob das Wettbewerbsprinzip hier für die Alloka-

tion tauglich ist und ob wir derartige Reservate benötigen, um im Sinne der BöckenfördeThese (1976) die Voraussetzungen zu schaffen, um im globalen Wettbewerb der Ordnungen mithalten zu können.

Wir müssen also unter den Bedingungen des globalen Wettbewerbs hinterfragen, ob Wettbewerb immer die sozial erwünschten Ergebnisse hervorbringt und ob sein Erzwingen in zunächst (scheinbar) ungeeigneten Situationen mehr Nutzen als Schaden stiftet. Das gilt für alle Bereiche der Kultur und der (Aus-)Bildung. Wie soll die Gesellschaft mit derartigen (kulturellen) öffentlichen Gütern umgehen? Denn für das Zusammenleben reicht eine Minimaethik nicht aus. Wenn wir sagen, wir rekurrieren auf einen weltweit kleinsten gemeinsamen Nenner, dann stellt unsere Kultur- und Bildungsbasis vielleicht nicht mehr das dar, was wir erwarten. Wir zerstören damit ein Optionsgut, also ein Gut, das für die Zukunft einen Wert besitzt, wozu wir kein Recht haben. Denn auch wenn wir es selber nicht schätzen mögen, könnten es doch künftige Generationen benötigen und in unserem Kulturkreis als selbstverständlich erachten. In den „Buddenbrooks“ ist nachzulesen, wie der Konsul seinen besten Anzug anzieht und einmal im Jahr zum Finanzamt geht und damit zeigt, welche Ehre es ist, Steuern zu zahlen. Wenn wir dieses Ethos wiedergewinnen und den größten Steuerzahler aller Zeiten prämiieren würden, dann wären wir auf dem richtigen Weg. Dann wäre das Stabilisieren von Kollektivgütern, die für das Wohlergehen und die Wohlstandsfähigkeit einer Gesellschaft bedeutend sind, weniger schwer.

6 Fazit

Deutschland hat ein Problem mit der Auswahl und dem Bewirtschaften von jenen öffentlichen Gütern, die für die Zukunft des Landes relevant sind und deren Leistungsfähigkeit – zumindest in kurzfristiger Perspektive – nicht dem Wettbewerbsprinzip unterliegen kann. In Deutschland und Europa erzeugt der Umgang mit öffentlichen Gütern wegen der Konzentration auf nicht mehr zeitgemäße Schwerpunkte langfristig kulturelle Standortnachteile im Wettbewerb der Ordnungen. Die öffentlich propagierte und eigentlich gelöste soziale Frage des 19. Jahrhunderts muss heute durch die Humankapitalfrage ersetzt werden – der Weg läuft also von der seinerzeitigen sozialen Partizipation zur gegenwärtig erforderlichen Partizipation durch Kompetenzen. Damit ist ein Paradigmenwechsel erforderlich – vom Sozialstaat zum Humankapitalstaat. Wenn wir mit diesem Erfolg haben, dann werden wir über genügend öffentliches und privates Geld verfügen, um die Sozialansprüche zu befriedigen. Umgekehrt zerstört der Sozialstaat, wenn er überbietet, zuerst die Basis der Tüchtigen und Erfolgreichen, dann die Steuerbasis und schließlich auch das Soziale. Das gilt es zu verhindern.

Literaturverzeichnis

- Baumol, W. J.* (1967): Macroeconomics of Unbalanced Growth: The Anatomy of Urban Crisis, in: *American Economic Review*, Vol. 57 (3), pp. 415-426.
- Blum, U.; Dudley, L.; Leibbrand, F.; Weiske, A.* (2005): *Institutionenökonomik: Theorien, Modelle, Evidenz*. Wiesbaden.
- Blum, U.; Müller, S.; Weiske, A.* (2006): *Angewandte Industrieökonomik: Theorien, Modelle, Anwendung*. Wiesbaden.
- Böckenförde, E.-W.* (1976): *Staat, Gesellschaft, Freiheit*. Suhrkamp: Frankfurt.
- Engels, F.; Marx, K.* (1848 [1999]): *Das kommunistische Manifest*. Hamburg, Berlin.
- Eucken, W.* (1952 [1960]): *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, J. C. B. Mohr: Tübingen, Zürich.
- Friedman, M.; Friedman, R.* (1980): *Chancen, die ich meine*. Ullstein: Berlin, Frankfurt, Wien.
- Hardin, G.* (1968): The Tragedy of the Commons, in: *Science*, Vol. 162, pp. 1243-1248.
- Hayek, F. A. von* (1945): The Use of Knowledge in Society, in: *American Economic Review*, Vol. 35 (4), pp. 519-530.
- Heckathorn, D.* (1996): Dynamics and Dilemmas of Collective Action, in: *American Sociological Review*, Vol. 61 (2), pp. 250-277.
- Hotelling, H.* (1931): The Economics of Exhaustible Resources, in: *Journal of Political Economy*, Vol. 39 (2), pp. 137-175.
- Koerfer, D.* (1988): *Kampf ums Kanzleramt: Adenauer und Erhard*. München.
- Myrdal, G.* (1980): *Asiatisches Drama*. Suhrkamp: Frankfurt am Main.
- Nelson, R. R.; Winter, S. G.* (1982): *An Evolutionary Theory of Economic Change*. The Belknap Press of Harvard University Press: Cambridge, MA, London.
- Schumpeter, J.* (1912 [1952]): *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*. August Rabe: Berlin.
- Smith, A.* (1776 [1974]): *Der Wohlstand der Nationen – Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*. Beck: München.
- Stiglitz, J.* (1987): Technological Change, Sunk Costs, and Competition, in: *Brookings Papers on Economic Activity* No. 3/1987, pp. 883-937.
- Thiebout, C.* (1956): A Pure Theory of Local Expenditure, in: *Journal of Political Economy*, Vol. 64 (5), pp. 416-424.